

Dienstgrad
Vorname + Name
Straße + Hausnummer
PLZ + Ort

Handy: Nummer
E-Mail: Adresse

An die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages
Dr. Eva Högl
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vorab per E-Mail: wehrbeauftragte@bundestag.de

Generalinspekteur der Bundeswehr
General Eberhard Zorn
Stauffenbergstr. 18
10785 Berlin

Vorab per E-Mail: poststelle@bmvg.bund.de

Generalarzt Dr. Bruno Most Sachsen-Anhalt-Kaserne
Zeitzerstr. 112
06667 Weißenfels

Vorab per E-Mail: kdosaneinstustgrb@bundwehr.org

Bundesministerium der Verteidigung
Gesamtvertrauenspersonenausschuss der Bundeswehr (GVPA)
Stauffenbergstr. 18
10785 Berlin

Vorab per E-Mail: poststelle@bmvg.bund.de

Nachrichtlich (an den Anwalt, falls vorhanden):

Rechtsanwalt Name
Straße + Hausnummer
PLZ + Ort

Vorab per E-Mail: Adresse

Staatsanwaltschaft (Zuständige)
Straße + Hausnummer PLZ +
Ort

Vorab per E-Mail: Adresse

Polizeidirektion (Zuständige)
Straße + Hausnummer PLZ
+ Ort
Vorab per E-Mail: pressestelle@pd-ol.polizei.niedersachsen.de

Polizeiinspektion (Zuständige)
Straße + Hausnummer PLZ +
Ort

Vorab per E-Mail: Adresse

DATUM

Sehr geehrte Frau Wehrbeauftragte, sehr
geehrter Herr General, sehr geehrter Herr
Generalarzt, werte Kameradinnen und
Kameraden des GVPA,

hiermit ersuche ich Sie, zu prüfen, inwieweit die gegen mich getätigten Aktionen und erhobenen Vorwürfe zutreffend und rechtmäßig sind, auf welcher Rechtsgrundlage gegen mich in dieser Weise vorgegangen wird.

Desgleichen bitte ich um inhaltliche und juristische Prüfung meiner Vernehmung am **DATUM** und der bereits im Vorfeld an meinen Kompaniechef übergebenen ergänzenden Argumente vom **DATUM**, die ich gegenüber der Staatsanwaltschaft **ORT** sowie der Polizeidirektion **ORT** und der Polizeiinspektion **ORT** geltend gemacht habe, aus Ihrer Sicht.

Ich hoffe, Sie als Wehrbeauftragte wie auch meine Kameraden und Kameradinnen vom GVPA, können hierzu beitragen. Ich bitte daher um Mithilfe bei der Aufklärung dieses komplexen Sachverhaltes, worin Polizei und Bundeswehr gleichermaßen involviert sind. Eine juristische Überprüfung der Duldungspflicht auf Basis des Grundgesetzes wie des Soldatengesetzes ist zwingend und dringend notwendig, um Schaden von der deutschen Bundeswehr abzuwenden.

Ich weiß, und Sie alle mit Ihren Stäben wissen dies auch, dass die Duldungspflicht der Impfung gegen Covid-19 viele Kameraden beschäftigt, insbesondere auch bei unseren speziellen Truppengattungen wie Gebirgsjäger und Fallschirmjäger sowie den Eliteverbänden unserer Armee, die in besonderem Maße auf Ihre körperliche Leistungsfähigkeit wie gesundheitliche Unversehrtheit gem. Soldatengesetz zu achten haben.

Der Befehl, als „Versuchskaninchen“ für einen nur per Notfallzulassung existierenden Impfstoff dienen zu müssen, ist grundrechtswidrig und beinhaltet eine Straftat für jeden Vorgesetzten, der in vollem Bewusstsein des Soldatengesetzes und der Wehrdisziplinarordnung einen solchen erteilt. Er kann dies auch nicht auf seine übergeordneten Vorgesetzten „abschieben“, er persönlich haftet dafür, letztlich auch vor Gericht.

Mein Rechtsanwalt **Herr Vorname + Name** vertritt mich in all meinen juristischen Angelegenheiten vollumfänglich. Hr. Oberst a.D. Maximilian Eder hat sich auf mein Bitten bereiterklärt, mich desgleichen auf der für ihn zugelassenen Ebene zu vertreten und mit seinem militärischen Sachverstand und seiner Erfahrung als Disziplinarvorgesetzter (10 Jahre, Stufe I und II) sowie als ehrenamtlich nominiertes Richter am Truppendienstgericht in **ORT** (zweimal für 1 Jahr) zu beraten und zu unterstützen.

Mit kameradschaftlichen, doch auch nachdenklichen und besorgten Grüßen sowie in der Hoffnung auf eine sorgfältige juristische Prüfung durch Sie

Im Original gezeichnet

Ihr Vorname + Name
Dienstgrad